

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Kopfsache 1 M., Stellensache 2.00 M.

Anzeigenannahme in der Redaktion dieses Anzeigers, Poststraße 10, bis spätestens am 8 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Stichtag für den Druck: Samstag den 12. Januar 1922, 12.00 Uhr. Von unsers Blatt (Nr. 8) gedruckt 12.75 M., Einzelnummer 30 Pf.

Stichtag für den Druck: Samstag den 12. Januar 1922, 12.00 Uhr. Von unsers Blatt (Nr. 8) gedruckt 12.75 M., Einzelnummer 30 Pf.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 7

Dienstag, den 17. Januar 1922

61. Jahrgang

Das Leitwort der Entente.

Wir haben es erst bei Kriegesende erfahren, als der „Tiger“ Clemenceau es laut aussprach, aber es ist viel älter. „Deutschland der Feind“, so nannten Benjam und Frederic Hegame in ihr 1913 erschienenen Buch über ihre Tätigkeit zur geistigen Vorbereitung der Franzosen auf den Krieg der Jahre für 1870-71. Und dieses schließt:

„Bei uns in Frankreich und bei den übrigen Völkern muß jedermann begreifen, daß zur Zeit die tragische Aufgabe die folgende ist: Es gibt 20 Millionen Deutsche in Europa, und dann erst wird Europa in Frieden leben können, wenn man ihm diese 20 Millionen Deutsche auf die eine oder andere Art von Haufe geschafft haben wird.“

Diese Formel hat die amtliche Politik Clemenceaus als ihre Richtschnur genommen, und alles, was seit von dem französischen Vandalen Frankreich gegenüber Deutschland wissen, geht in derselben Richtung.

Gute liegt auch die Anerkennung von englischer Seite vor, daß dieses Leitwort für die ganze Ententepolitik gilt. Die Brand von Lloyd George in Genua haben über die deutsche Politik herauf von Frankreichs besten Sorgen, einmal um die Reparationszahlungen, dann aber von demjenigen um Frankreichs künftige Sicherheit; und hier heißt es ausdrücklich, trotz der Verminderung der deutschen Bevölkerung während des Krieges sei auch nach den Friedensbedingungen Frankreichs Bevölkerung immer noch um 20 Millionen geringer als die des Deutschen Reiches. Nachdem die Denkschrift in Anknüpfung an die französischen Kriegsjahre bemerkt hat, daß Deutschland — trotz der Ablieferung fast seines ganzen Kriegsgüter und fast aller Waffen — noch immer „ein Meer“ von 5 Millionen in Waffenfähige geblieben Männer besitze, erklärt sie es als wesentlich für Frankreich an, den Unterschied zwischen seiner Bevölkerung und derjenigen Deutschlands „auszugleichen“.

Die Mittel dieser „Ausgleichung der Bevölkerung“ kennen wir. Man reißt selbst überwiegend von Deutschen besiedelte Gebiete vom Reiche ab, man bestet andere, um sie durch wirtschaftliche Drangsalierung, absolutistische Regierung und fremde Einwanderung schließlich zu franzosisieren, wie das Sarggebiet, und belegt weitere mit wilden Volksstämmen, um die deutsche Rasse zu hybridieren und mulattifizieren; man setzt die Hungerpläne des Krieges nach Waffenstillstand und Friedensschluß offen oder unter allerlei Verkleidung fort und dezimiert die geschlossenen Wohnende Bevölkerung in Peste durch Hunger und Entzündungen, auch durch Kollernut, welche den Wohnungen die Luft entzieht, der volkreisenden Industrie den Betriebsstoff nimmt. Dazu kommen Konferenzen, Diktate und Ultimata mit der Drohung von „Sanktionen“, d. h. der Abweisung und Drangsalierung weiterer Reichsteile. Jede Verhandlung der Entente mit der deutschen Regierung hat anstatt der gesuchten Vermittlung der Berliner Wegregeln nur die Verminderung der Deutschen Bevölkerung immer neue, fein ausgeklügelte Verfahrenen gebracht, und Genua wird angeht das nachdrücklich betriebene Pariser Gegenstückes gegen die englischen Absichten auf einen gewissen Wiederaufbau Europas nichts Besseres ergeben.

In der angegebenen Denkschrift ruft England Frankreich zur Mitarbeit an jener großen humanitären Aufgabe auf, wünscht aber doch alles in seiner Macht Befähigung zu tun, um Frankreichs Wundheilung zu beschleunigen. Die Pariser Politiker aber antworten lehmändig, was sie zu ihrer Berufung brauchen: keinen Verzicht auf das linke Rheinufer, keinen Verzicht auf das Recht zu wirtschaftlichen und kriegerischen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland, Frieden, der seinbar Lloyd Georges Vorschläge geneigt war, mußte weichen, und Poincare, der Hauptführer der Defer, trat an seine Stelle. Kann Frankreich uns, kann es der Welt noch deutlicher zeigen, daß das Wort von den 20 Millionen überflüssigen Deutschen das Leitmotiv seiner Politik ist und bleibt? D.

Teilmoratorium für Deutschland.

Mit 10 Tage 31 Millionen Goldmark.

Als Ergebnis der Beratungen von Genua beschloß die Reparationskommission, Deutschland einen teilweisen vorläufigen Zahlungsaufschub zu gewähren. Es wurde Deutschland unter der Bedingung, daß die deutsche Regierung binnen 14 Tagen einen angemessenen Reform- und Garantienplan für die innere deutsche Wirtschaft unterbreitet, für die am 15. Januar und am 15. Februar fälligen Zahlungen eine Vorzugsfrist bewilligt, die nach der Entscheidung der Kommission oder der Alliierten über den deutschen Reformplan vierzehntägig gestundet werden kann. Die vorläufigen Zahlun-

gen wurden, vom 18. Januar angefangen, mit je 31 Millionen Goldmark alle zehn Tage bestimmt.

Die Schlußfrist der Konferenz von Genua. Zu Freitag vormittag war die deutsche Delegation zu einer gemeinsamen Sitzung des Obersten Rates und der Reparationskommission geladen. Lloyd George teilte zu Beginn der Sitzung den Deutschen mit, daß der Oberste Rat in Abwesenheit eines seiner Mitglieder mit den Verhandlungen nicht fortarbeiten könne und daher beschloffen habe, die Konferenz zu vertragen.

Er erwähnte, daß die Aufgabe der Konferenz zum Teil gelöst worden wäre. Insbesondere sei beschlossen worden, eine Wirtschaftskonferenz nach Genua einzuberufen, zu der die deutsche Regierung eingeladen werden solle. Mit Berücksichtigung der den Ausführungen Dr. Rathenaus entnommen, daß die deutsche Regierung am Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas teilzunehmen gewillt sei.

Er betonte, daß der deutschen Delegation Unannehmlichkeiten durch den Wiederaufbau der Verhandlungen erwachsen seien. Die übrigen Delegationen befanden sich aber in derselben Lage. Die Reparationsfrage habe vertrat werden müssen. Soweit aber das Ergebnis der deutschen Regierung und das Versprechen gegeben haben, Unbeschadet dessen kann die Reparationskommission sofort eine Antwort erteilen.

Hierauf verlas der Vorsitzende der Reparationskommission, Dubois, die oben mitgeteilte Entscheidung der Reparationskommission, in der es weiter heißt:

Die vorläufige Verzugsfrist geht zu Ende, sobald die Reparationskommission oder die alliierten Regierungen eine Entscheidung über den erwähnten deutschen Einwand und das Versprechen getroffen haben. Unbeschadet dessen kann in dieser Entscheidung vorgesehen werden, daß der Unterschied zwischen den tatsächlich während der vorläufigen Verzugsfrist gezahlten Beträgen und den auf Grund des Bonboner Zahlungsplanes fälligen Summen nicht mehr und zu größerem Teil als 14 Tagen, gerechnet von dem Tage der je nach den Umständen von der Reparationskommission oder den alliierten Regierungen getroffenen Entscheidung.

Dr. Rathenaus antwortete hierauf, daß er namens der deutschen Regierung von der Einladung der Konferenz in Genua Kenntnis nehme. Die deutsche Regierung setze der Übermittlung des Einladungserschreibens entgegen. Er betonte ferner, daß aus den gegebenen Erklärungen hervorgehe, daß aus der Nichtzahlung der zum 15. Januar fälligen Summe für Deutschland keine unmittelbaren Folgen erwachsen.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Die deutsche Delegation ist Freitag abend von Genua abgereist und trifft am Sonntag in Berlin ein.

Deutschlands Annahme.

Optimistische Versicherungen Rathenaus.

Ein französischer Journalist, der Gelegenheit hatte, Mitglieder der deutschen Delegation in Genua zu interviewen, berichtete, die deutschen Delegierten glaubten, daß die Beziehungen des Reichs zu den Verbündeten sich besser und daß die Unterhaltungen von Genua außerordentlich nützlich waren, wenn gleich sie praktisch durch die französische Regierungsfestschickerei behindert worden seien. Dr. Rathenaus habe ihm erklärt, daß Deutschland die Entscheidung der Reparationskommission annehme.

Auf Grund früherer Abmachungen.

Das Pariser „Journal“ berichtet, daß bereits die Berliner Verhandlungen der Garantienkommission mit der Reichsregierung zu einer Vereinbarung geführt hätten, wonach auf das Konto der Exportabgabe am 8. und 18. und 28. Januar zunächst je 31 Millionen Goldmark gezahlt werden sollten. Die Zahlung am 7. Januar erfolgte auch, dann machte die deutsche Regierung die Vereinbarung rückgängig unter Hinweis auf die bevorstehende Regelung und Entscheidung von Genua. Das Blatt deutet an, daß also in Genua die in Berlin getroffene Vereinbarung als vorläufiger Modus der Reparationszahlung übernommen wurde.

Die Stellung der Reichsregierung.

Von zuständiger deutscher Seite werden diese Angaben des „Journal“ im allgemeinen bestätigt. Von dieser Seite wird darauf hingewiesen, daß in dem Stundungsabkommen von Genua auch ein Entschluß in der inzwischen laufenden sechszehntägigen Zahlungen von 31 Millionen recht ausdrücklich angeordnet ist: Die Konferenz von Genua. Es wird gesagt, daß auf dieser Konferenz die Grundlage einer endgültigen Regelung gefunden werden soll. Unter der Annahme, daß also zunächst bis Genua die Zahlungen in der inzwischen laufenden sechszehntägigen Zahlungen von insgesamt 186 Millionen Goldmark entrichten. Die deutsche Regierung hat in ihrem Stundungsgebuch angegeben, daß sie für den 15. Januar und 15. Februar 150 bis 200 Millionen aufrufen könne. Die sechs Teilzahlungen würden dem ziemlich genau entsprechen.

Die vorläufigen Teilzahlungen gelten nach der Veröffentlichung von Genua zunächst sozusagen als Handgeld für alle baren und sachlichen Reparationsleistungen Deutschlands.

Bereits am Sonnabend beschloß sich eine Chefbesprechung des Reichskabinetts mit dem vorläufigen Ergebnis von Genua. Endgültige Beschlüsse können natürlich erst nach der für Sonntag mittag erwarteten Rückkehr Rathenaus gefaßt werden.

Poincares Pläne.

Wiedereröffnung der Geschäfte, somatic. Poincare war in den drei letzten Tagen der vergangenen Woche eifrig damit beschäftigt, sein neues Kabinett zusammenzustellen. Er hatte längere Unterredungen mit Millerand, mit dem Präsidenten des Senats und der Kammer, Bourgeois und Boret, und mit den Vertretern der nationalistischen Kamergruppen. Das neue Kabinett wird sich erst Donnerstag der Kammer vorstellen.

Ueber Poincares außenpolitisches Programm, bzw. seine Stellung zu den aktuellen Fragen berichtet der „Matin“, in bezug auf England sei er für eine möglichst enge Freundschaft Frankreichs und Englands, aber er wünsche, andere Methoden der Zusammenarbeit, als die bisher angewendet wurden. Er geht gegen die Beratungen des Obersten Rates, den Poincare möglichst schnell befristet sehen wolle. Dagegen wünsche er möglichst häufige Unterredungen mit den englischen Kollegen, aber in der Beschränkung der diplomatischen Ämtern. Poincare sei also ein Gegner der neuen öffentlichen Verhandlungsarten, die zwölf Senatsationen und zu leicht offene Konflikte schaffen.

Die Angelegenheit der Konferenz von Genua wünsche sich Poincare etwas ruhiger überlegen zu dürfen. Der „Matin“ erinnert daran, was Poincare kürzlich in einem Artikel über diese Konferenz schrieb: „Frankreich hat dabei nichts zu gewinnen, aber viel leicht alles zu verlieren, aber vielleicht alles gewinnen.“

Die innerpolitische Stellungnahme Poincares wird vom „Reit Parisien“ dahin umschrieben, für Poincare können Personfragen nicht in Betracht, dazu sei der Augenblick zu erst, wenn so erst wie die Zeit von 1914. Er suche also nur die nationale Eingetrigkeit. Abschließend wird gesagt, daß Poincare kein „politisches“ Ministerium bilden wolle, das seinen Sachfragen viel zu sehr im Vordergrund.

Das Zusammenreffen mit Lloyd George.

Die erste Unterredung zwischen Lloyd George, der Sonnabend in Paris eintraf, und Poincare war für Sonnabend nachmittag angelegt. Lloyd George beschloß sich noch abends, spätestens Sonntag nach Bonn weiterzureisen.

Deutsches Reich.

16. Januar 1922.

Bayerischer Protest gegen das Gesetz „zum Schutz der Republik“. Der „Bayerische Kurier“, das Organ der bayerischen republikanischen Opposition, protestiert unter der Überschrift „Ein neuer Eingriff in die Landeshoheit“ stark gegen die Absicht, in den neuen Gesetzgebung zum Schutz der republikanischen Verfassung eine Bestimmung aufzunehmen, welche die Meinung des Beamtenkörpers von allen nicht wesentlichen republikanischen Elementen abweist. Der Gesetzentwurf greift in die Beziehungen zwischen Reich und Länder herein.

Die Art der „kleinen Anfragen“. Im Reichstagsrat werden allmonatlich etwa 8 bis 10 Stunden auf die Erledigung der „kleinen Anfragen“ verwendet. Da die Arbeitszeit des Reichsparlaments sehr stark in Anspruch genommen ist, wird beschloß, auf „kleine Anfragen“ nur noch schriftliche Antworten erteilen zu lassen.

Die Einigung mit den Beamten. Bei der jetzt erfolgten Einigung zwischen der Reichsregierung und den Beamtenorganisationen hat man sich fast auf eine von den Beamten geforderte, von der Regierung abgeleitete Erhöhung der Grundgehälter dahin verständigt, daß jeder Beamte aus den ersten 10 000 Mark Grundgehalt — Ertragszuschlag 40 Prozent — statt 20 Prozent, Zulagezuschlag erhält. Hat also jedes Mitglied ein Beamter aus Grundgehalt und Ertragszuschlag zusammen 40 000 M., so erhält er jetzt an Zulagezuschlag 40 Prozent, aus 10 000 M. — 4000 Mark — 20 Prozent, aus 30 000 M. — 6000 Mark, insgesamt also 50 000 M. für die Diätäre und die Beamten im Vorbereitungsdienst tritt eine entsprechende Verbesserung ein. Die Pensionäre erhalten die Hälfte der Sätze, ebenso sollen die Hinterbliebenen angemessen beachtet werden. In den Orten, in denen die Arbeiter-Übererzeugungszuschüsse bekommen, wurde auch für die Beamten eine ähnliche Regelung verlangt. Die Regierung hat eine einseitige Prüfung dieser

Polizeiverordnung

Heir. Meldungen an die Arbeitsnachweise.
 Mit Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (S. S. 265) und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (S. S. 195) in Verbindung mit §§ 22 und 23 der Verordnung über Arbeitsnachweise vom 12. Sept. 1919 (Min. Bl. f. S. S. 267) wird auf Antrag des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt in Vereinbarung mit der nachstehenden Zustimmung des Bezirksrats zu § 1 für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg folgendes angeordnet:

§ 1. Jeder Arbeitgeber einschließlich der Räte-, Staats- und Kommunalbehörden ist verpflichtet, jeden Bedarf an männlichen und weiblichen Arbeitkräften insbesondere auch an Angehörigen bei dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis, der Arbeitsnachweis-Abteilung oder Arbeitsstelle zu melden.

§ 2. Arbeitslos oder in gefährdeter Stellung befindliche Arbeitnehmer haben sich innerhalb einer Frist von 3 Tagen nach Eintritt der Arbeitslosigkeit oder erfolgter Kündigung bei dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis, der Arbeitsnachweis-Abteilung oder Arbeitsstelle zu melden.

§ 3. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, jede Befehung der als offen gemeldeten Arbeitsstellen, die ohne Zutun des zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweises erfolgt, diesem unverzüglich mitzuteilen.

§ 4. Die Verpflichtung nach §§ 1 und 3 trifft anstelle des Arbeitgebers diejenigen Personen, die von ihnen allgemein oder in einzelnen Fällen mit der Annahme von Arbeitskräften für seine Zwecke beauftragt sind.

§ 5. Die nicht gewerbemäßigen, nicht öffentlichen Arbeitsnachweise sind verpflichtet, bis zum 8. jeden Monats für den vorangegangenen Monat dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis 5 über die getätigten Vermittlungen und die Abrechnung einzureichen, die getrennt nach Geschlechtern und so nach dem Beruf der Arbeitnehmer zählungsmäßig Angaben über offene Stellen, Arbeitslohn und Vermittlungen enthält und auf Verlangen des zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweises Auskunft aller Art, auch zu schriftlichen Beweisen, zu geben.

§ 6. Die gewerbemäßigen Stellenvermittler sind verpflichtet, über die getätigten Vermittlungen zum Donnerstag einer jeden Woche dem zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis Laporanthein einzureichen. Diese müssen enthalten: 1. Laufende Nr. des Geschäftsbuches, Tag des Vertragsabschlusses, 2. Vor-, Nachnamen und Wohnort sämtlicher bedienter Arbeitnehmer, 3. Vor-, Nachnamen und Wohnort, Alter und Familienstand sämtlich vermittelten Arbeitnehmer, 4. Art der vermittelten Stellen, Zeitpunkt des Dienstbeginns, Pausenlänge für die jeder Dienstvertrag geschlossen ist und Kündigungsfrist.

§ 7. Arbeitgeber im Sinne dieser Verordnung ist jede natürliche und juristische Person, die sich der Arbeitkraft einer anderen Person auch als Aushilfe auf Grund eines lübbaren Arbeitsvertrages bedient.

§ 8. Arbeitnehmer im Sinne dieser Verordnung ist jeder männliche und weibliche Angestellte, Arbeiter und Diensthabe ohne Rücksicht auf Beschäftigung, Einkommen, Alter und Geschlecht.

§ 9. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden auf Antrag des zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweises für jeden einzelnen Fall mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bestraft.

§ 10. Vorstehende Verordnung tritt am 15. Dez. d. Js. in Kraft.

Merseburg, den 7. Dezember 1921.
Der Regierungspräsident. v. Gersdorf.

Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß der von dem A. Niebel'schen Montanwerken, Grundverwaltungen von Rössen d. Nebenbelle Grubenmäher Felix Wädersleben in Rössen unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs als Hilfspolizeibeamter bei den Bezirken der Gruben von Rössen, den 1. Sept. 1921, b. Erhebung und Margarete d. Wädersleben von mir befristet worden ist.

Weissenfels, den 11. Januar 1921.
Der Landrat.

Bekanntmachung.

Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung erhalten durch das Reichsgericht vom 7. Dezember 1921 auf Antrag eine Unterfertigung, deren Höhe sich nach dem vorhandenen Einkommen richtet. Die Unterfertigung wird in einer solchen Höhe gewährt, daß das Gesamteinkommen beträgt:

Für Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente oder Ruhegeld: Mk. 3000.—
 Für Empfänger einer Witwen- oder Witwenrente aus der Invalidenversicherung oder für invalide Empfänger solcher Renten aus der Angestelltenversicherung: Mk. 2100.—
 Für Empfänger einer Waisenrente: Mk. 1200.—

Rentenempfänger, die für den Bezug der Unterfertigung in Frage kommen, wollen sich am Donnerstag, d. 19. d. M., nachmittags von 3—5 Uhr im Stadtverordnetenempfangslocale melden.

Die erforderlichen Unterlagen, wie Rentenbescheid, Nachweis über Einkünfte jeglicher Art usw. sind mitzubringen.
 Teuchern, den 13. Januar 1922.
Der Magistrat. Schüller.

200 Mk. Belohnung

erhält, wer mir die Bitte nachweist, die in der Nacht vom 9. zum 10. Januar nach Mitteln in meinen Händen eine Partie Seife mit fabrikseitigen Bindemitteln, verschiedene Emalle und Blechwaren z. B. größere Kaffeemaschine aus Weissenfels um gestohlen haben.

Otto Werner, Klempnermstr.

Preisrückstellungen:
D. Liefrenz

zu haben bei

Lichtspiele Weiße Wand

Achtung! Nur 2 Tage. Achtung!
 Dienstag, den 17. und Mittwoch, den 18. Januar

das erfrischende und wunderbare Sensations-Programm

Insgesamt 10 groß: Alte

Mat Pankertons letztes Abenteuer. Sibirien

K. s. s. Schauspiel in 5 Akten.
 Vorstellung 6 und 8.30 Uhr.
 Bitte beachten Sie angehängte Plakos.

Hotel zum Löwen.

Mittwoch, den 18. Januar

3. Abonnementskonzert

Solistin: Frau **Willa Thiede**, (Hörig) Pianistin.
 Anfang abends 7/8 Uhr.

Arbeitsnachweis Teuchern.

Geschäftszeit werktäglich von 8¹/₂—1 Uhr.
 Gesucht werden:

10 Mäde, 4 Parischen weiblichen Alters in die Landwirtschaft, 1 Tischler, 1 Schreiner, 2 Fuhrschmiede, 1 Mädchen zum Erlernen der Blumenbinderei nach auswärts, 1 Hausmädchen von 17 Jahren in die Gärtnerei, zuverlässige 14jährige Aufwartung für den halben Tag, Häuer, kräftige einheimische Arbeiter mit ordentlichem Kopieren, 15 vollleistungsfähige Arbeiter, nicht unter 25 Jahren auf 6 Wochen, 15 jähr. Burche der Schweizer werden will, 1 Obergericht in die Landwirtschaft, Halb- oder Vollwaise.

Stellenjuden

3 Wirtschaftlerinnen, 1 Handlungslehre, 1 Burche von 15 Jahren nach Teuchern, 1 Tischler und Glaslehrer von auswärts, 1 Freischweizer, 1 Ostmädchen sofort in die Landwirtschaft, 1 Osterburche, 1 Aufwartung u. 18 Jahren für den halben Tag, 1 Arbeiterfamilie, 1 Aufwartung für den ganzen Tag, 1 Burche von 17 Jahren in die Landwirtschaft.

1 Grubenbeamter

jucht in Gruben der Rauhthol einfach möbl. Zimmer gegen gute Bezahlung, mit oder ohne Kost. Off. Angebote unter L. 75 an die Geschäftsb. W. betreten.

Nissin's Kopfkäse

Nichts anderes nehmen.
 Stadtapotheke Teuchern.

Empfehle Dienstag zum Wochenmarkte von 7/8 Uhr an:

Feinste Tafelmargarine
 Pfd. 19.50, 21.— Mk.
Prima Schweineschmalz
 Pfd. 26.— Mk.
Fetterlinge
 a Stck. 2.— Mk.
Vollgeringe Stck. 1.25
Becker.

Geschäfts-Bücher

sind am Lager oder liefert zu billigsten Preisen

Otto Liefrenz, Papierhandlung.

Ein Paar

Läufer-schweine

sind zu verkaufen. Wo? sagt die Geschäftsb. W.

2 Läufer-schweine u. 1 Zughund
 zu verkaufen unterem Berge 6.

Wolfsjüdin

Donnerstag Nacht einkaufen. Vor Ankauf wird gewarnt. Gegen hohe Belohnung abzugeben.

Ulrich, Brauſchwitz.

Füllfederhalter

Umsteckhalter

mit Patentpatrone

Umsteckhalter

mit gewöhnlicher Feder

zu haben bei
Otto Liefrenz, Papierhandl.

Gewerbebauk Teuchern.

Bom heutigen Tage ab werden bei uns verzinst:

Einslagen in laufender Rechnung und Sparanlagen mit täggl. Kündigung } 3 1/2 %
 Sparanlagen mit täggl. Kündigung 4 %
 Sparanlagen mit halbjährlicher Kündigung 4 1/2 %

Annahme von Sparanlagen und Einrichtung laufender Rechnung für jedermann.

Kassenzinsen 2—5 Uhr nachmittags.

J. C. König & Ebhardt's Kontobuch „Steuersparer“

ein vereinigt Konto- und Kassenbuch D-R-G-M.

kann von jedem Handwerker, Gewerbetreibenden und Geschäftsmann
ohne besondere Vorkenntnisse geführt werden.

Musterbogen mit Proberechnungen und Probeabschluss liegt jedem Buche bei.

Kontobuch „Steuersparer“ ist bei **Otto Liefrenz** zu haben



MAGGI Würze

in Originalflaschen Nr. 6

besonders vorteilhaft. Man füllt daraus das kleine Maggi-Fläschchen selbst nach und hat ausser Geldersparnis auch noch die Garantie der Echtheit.

Achtung auf unverletzten Pombenverschluss

Drehstrom-Motor

neuer, 2 PS., 110 Volt, Kupferwicklung hat billig abzugeben
Abin Samann.

1 Wasserlehrling
 für Ottern nehmen an
Georg Klaus & Sohn.

1 älterer Mann
 für leichte Arbeit sofort gesucht
 D. D.

Wollen Sie?

kaufen oder verkaufen, suchen oder verpachten, so tun Sie es am besten durch eine Anzeige im **Wöchentlichen Kurrier.**

Ich bin Dienstag von 8—11 und Donnerstag von 8—12 in Teuchern im Ratskeller zu sprechen.

Mewes,
 Rechtsanwalt u. Notar.
Weissenfels a. S.
 Saalstr. 12.
 Gegenüber der Post.

Achtung!

Sie suchen überall verkäuf. Häuser mit und ohne Geschäft, Villen, Gärtnerei, Hotels, Mühlen, Ziegeleien, Fabriken und Landwirtschaften usw. zwecks Unterbringung an vorzuzieh. Käufer.

Beschreibung kostenlos.
G. S. Hülße & Co.,
 Berlin u. Schöneberg, Brunnstr. 5.

Blüten

Milchzer, Pflanzl., sowie alle Arten von Hausmittelrezepten und Hausmittelrezepten verschrieben beim täglichen Gebrauch der besten

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul zu hab. d. Apoth., Drag.-u. Parfüm.

Bruchkrankheit

Schnell ohne Operation geheilt werden. Langj. erprobte Methode. Nächste Sprechstunde in Weissenfels, Hotel zum Löwen, Nicolaistr. 10, Sonntag, den 21. Jan. von 9 bis 11 Uhr.

Spezial-Dr. med. Colemann
 Berlin W 35.

Todesanzeige.

Sonntag mittag entschlief sanft nach schwerem Krankenlager mein lieber Mann, unser treuer, unserer treuer Väter, Schwieger- und Grossvater der Invalid **Julius Falkenstein** im Alter von 77 Jahren.

Dies zeigt tiefbetruß

Ww. Wilhelmine Falkenstein u. Kinder
 neben Verwandten.
 Die Beerdigung findet Mittwoch 3 Uhr statt.

Für die zu unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit danken herzlichst

Oswin Seyfert und Frau

Liesbeth geb. Geißler.
 Meyhen im Januar 1922.

Druck- und Verlag von Otto Liefrenz Teuchern.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Einzelnenpreis: Die sechsgepatene Korpusseite 1 M., Reklameseite 3.00 M.

Abonnementpreise in der Reichshauptstadt dieses Blattes, Poststraße 10, bis spätestens 20. März 9 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Ercheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Amfliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr 7

Dienstag, den 17. Januar 1922

61. Jahrgang

Das Leitwort der Entente.

Wir haben es erst bei Kriegsende erfahren, als der „Tiger“ Clemenceau es laut aussprach, aber es ist viel älter. „Deutschland der Feind“, so nannten Ennane und Frederic Megamey ihr 1913 erschienenen Buch über ihre Tätigkeit zur geistigen Vorbereitung der Franzosen auf den Krieg der Woche für 1870-71. Und dieses schließt:

„Bei uns in Frankreich und bei den übrigen Völkern muß jedermann begreifen, daß zur Zeit die tragische Aufgabe die folgende ist: Es gibt 20 Millionen Deutsche zuviel in Europa, und dann erst wird Europa in Frieden leben können, wenn man ihm diese 20 Millionen Deutsche auf die eine oder andere Art vom Saße geschafft haben wird.“

Diese Formel hat die amfliche Politik Clemenceaus als ihre Maxime präzisiert, und alles, was wir von dem französischen Vandalen Frankreichs gegenüber Deutschland wissen, geht in derselben Richtung.

Heute liegt auch die Anerkennung von englischer Seite vor, daß dieses Leitwort für die ganze Ententepolitik gilt. Die Brand von Lloyd George in Cannes, seinen überzogenen Deutschhass, den Frankreichs besten großen Sorgen, einmal um die Reparationszahlungen, dann aber von derjenigen um Frankreichs künftige Sicherheit; und hier heißt es ausdrücklich, trotz der Verminderung der deutschen Bevölkerung während des Krieges sei auch nach den Friedensbedingungen Frankreichs Bevölkerung immer noch um 20 Millionen geringer, als die des Deutschen Reiches. Nachdem die Denkschrift in Anknüpfung an die französischen Kriegsjuristphantasien bemerkt hat, daß Deutschland — trotz der Ablieferung fast seines ganzen Kriegsgeräts und fast aller Waffen — noch immer „ein Meer“ von 5 Millionen in Ostpreußen geblieben. Maner selbst erkennt sie als wesentlich für Frankreich an, den Unterschied zwischen seiner Bevölkerung und derjenigen Deutschlands „auszugleichen“.

Die Mittel dieser „Ausgleichung der Bevölkerung“ kennen wir. Man reißt selbst überwiegend von Deutschen bewohnte Gebiete vom Reiche ab, man besetzt andere, um sie durch wirtschaftliche Drangsalierung, absolutistische Regierung und fremde Einwanderung allmählich zu franzosieren, wie das Saargebiet, und belegt weitere mit wilden Volksstämmen, um die deutsche Rasse zu subjugieren und mulattifizieren; man setzt die Hungerladade des Krieges nach Waffenstillstand und Friedensschluß offen oder unter allerlei Bekleidung fort und dezimiert die geschlossenen wohnende Bevölkerung in diese durch Hunger und Entbehrungen, auch durch Kohlennot, wesse den Wohnort die Verhung, der volksvernichtenden Industrie den Betriebsstoff nimmt. Dazu kommen Konferenzen, Diktate und Ultimata mit der Drohung von „Sanktionen“, d. h. der Abreißung und Drangsalierung weiterer Reichsteile. Jede Verhandlung der Entente mit der deutschen Regierung hat anfangs der gestifteten Vermeidung der Verfallter Maßregeln zur Verminderung der Deutschen Bevölkerung immer neue, fein ausgefärbte Verschärfungen gebracht, und Cannes wird angeführt des nachdrücklich betriebenen Pariser Gegenstückes gegen die englischen Absichten auf einen gewissen Wiederaufbau Europas nichts Besseres ergeben.

Zu der angegebenen Denkschrift ruft England Frankreich zur Mitarbeit an jener großen humanitären Aufgabe auf, wünscht aber doch alles in seiner Macht Stehende zu tun, um Frankreichs Weunutzung zu beschränken. Die Pariser Politiker aber antworten lärmend: „was sie zu ihrer Verurteilung brauchen: keinen Verzicht auf das linke Rheinufer, keinen Verzicht auf das Recht zu wirtschaftlichen und kriegerischen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland. Friede, der seinbar Lloyd Georges Vorschlägen geneigt war, mußte weichen, und Poincare, der Hauptführer der Deher, trat an seine Stelle. Kann Frankreich uns, kann es der Welt noch deutlicher zeigen, daß das Wort von den 20 Millionen überflüssigen Deutschen das Leitmotiv seiner Politik ist und bleibt?“ D.

Teilmoratorium für Deutschland.

Alle 10 Tage 31 Millionen Goldmark.

Als Ergebnis der Beratungen von Cannes beschloß die Reparationskommission, Deutschland einen teilweisen vorläufigen Zahlungsausschub zu gewähren. Es wurde Deutschland unter der Bedingung, daß die deutsche Regierung binnen 14 Tagen einen angemessenen Reform- und Garantieplan für die innere deutsche Wirtschaft unterbreite, für die am 15. Januar und am 15. Februar fälligen Zahlungen eine Vorzugsfrist bewilligt, die nach der Entscheidung der Kommission oder der Alliierten über den deutschen Reformplan vierzehntägig gestundet werden kann. Die vorläufigen Zahlun-

gen wurden, vom 18. Januar angesetzt, mit je 31 Millionen Goldmark alle zehn Tage bestimmt.

Die Schlußsitzung der Konferenz von Cannes.

Zu Freitag vormittag war die deutsche Delegation zu einer gemeinsamen Sitzung des Obersten Rates und der Reparationskommission geladen. Lloyd George teilte zu Beginn der Sitzung den Deutschen mit, daß der Oberste Rat in Abwesenheit eines seiner Mitglieder mit den Verhandlungen nicht fortarbeiten könne und daher beschloffen habe, die Konferenz zu ver-tag-en.

Er erwähnte, daß die Aufgabe der Konferenz zum Teil gelöst worden wäre. Insbesondere sei beschlossen worden, eine Wirtschaftskonferenz nach Genua einzuberufen, zu der die deutsche Regierung eingeladen werden solle. Mit Beziehung habe er den Ausführungen Dr. Rathenaus entnommen, daß die deutsche Regierung am Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas teilzunehmen gewillt sei.

Er betonte, daß der deutschen Delegation Ungelegenheiten durch den Wobau der Verhandlungen erwachsen hätten. Die übrigen Delegationen befänden sich aber in derselben Lage. Die Reparationsfrage habe verlagt werden müssen. Soweit aber das Geschehen der deutschen Regierung



gleich sei praktisch durch die französische Regierungsfeste behindert worden seien. Dr. Rathenau habe ihm erklärt, daß Deutschland die Entscheidung der Reparationskommission annehme.

Auf Grund früherer Abmachungen.

Das Pariser „Journal“ berichtet, daß bereits die Berliner Verhandlungen der Garantiekommision mit der Reichsregierung zu einer Vereinbarung geführt hätten, wonach auf das Konto der Exportabgabe am 8. und 18. und 28. Januar zunächst je 31 Millionen Goldmark gezahlt werden sollten. Die Zahlung am 7. Januar erfolgte auch, dann machte die deutsche Regierung die Vereinbarung rückgängig unter Hinweis auf die bevorstehende Regelung und Entscheidung von Cannes. Das Blatt deutet an, daß also in Cannes die in Berlin getroffene Vereinbarung als vorläufiger Modus der Reparationszahlung übernommen wurde.

Die Stellung der Reichsregierung.

Von zukünftiger deutscher Seite werden diese Angaben des „Journal“ im allgemeinen bestritten. Von dieser Seite wird darauf hingewiesen, daß in dem Stundungsabkommen von Cannes auch ein Entzerrn mit der inzwischen laufenden zehntägigen Zahlungen von 31 Millionen recht ausdrücklich angedeutet ist: Die Konferenz von Genua. Es wird gesagt, daß auf dieser Konferenz die Grundlage einer endgültigen Regelung gefunden werden soll. Unter der Annahme, daß also zunächst bis Genua die Zahlungen geleistet wird, müßten wir bis dahin, d. h. bis Mitte März, sechs Zahlungen von insgesamt 186 Millionen Goldmark entrichten. Die deutsche Regierung hat in ihrem Stundungsgeuch angegeben, daß sie für den 15. Januar und 15. Februar 150 bis 200 Millionen aufrufen könne. Die sechs Teilzahlungen würden dem ziemlich genau entsprechen.

Die vorläufigen Teilzahlungen gelten nach der Veröffentlichung von Cannes zunächst sozusagen als Handgeld für alle baren und sachlichen Reparations-schulden Deutschlands.

Bereits am Sonnabend beschäftigte sich eine Chefbesprechung des Reichskabinetts mit dem vorläufigen Ergebnis von Cannes. Endgültige Beschlüsse können natürlich erst nach der Sonntag mittag erwarteten Rückkehr Rathenaus gefaßt werden.

Poincares Pläne.

Wiedereröffnung der Obersten Ratskommission. Poincare war in den drei letzten Tagen der vergangenen Woche eifrig damit beschäftigt, sein neues Kabinett zusammenzustellen. Er hatte längere Unterredungen mit Millerand, dem Präsidenten des Senats und der Kammer, Bourgeois und Peret, und mit den Vertretern der nationalistischen Kamergruppen. Das neue Kabinett wird sich erst Donnerstag der Kammer vorstellen.

Ueber Poincares außenpolitisches Programm, bzw. seine Stellung zu den aktuellen Fragen berichtet der „Matin“, in bezug auf England sei er für eine möglichst enge Freundschaft Frankreichs und Englands, aber er wünsche „andere Methoden der Zusammenarbeit“, als sie bisher angewendet wurden. Er sei gegen die Beratungen des Obersten Rates, den Poincare möglichst schnell befeitigt werden wolle. Dagegen wünsche er möglichst häufige Unterredungen mit den englischen Kollegen, aber in der Berührungsbereich der diplomatischen Mittos. Poincare sei also ein Gegner der neuen öffentlichen Verhandlungsarten, die zuviel Sensationen und zu leicht offene Konflikte herbeiführen.

Die Angelegenheit der Konferenz von Genua wünsche sich Poincare etwas reiflicher überlegen zu dürfen. Der „Matin“ erinnert daran, was Poincare kürzlich in einem Artikel über diese Konferenz schrieb: „Frankreich hat dabei nichts zu gewinnen, aber viel leicht alles zu verlieren, aber vielleicht alles gewinnen.“ In innerpolitische Stellungnahmen Poincares wird vom „Reit Pariser“ dahin angeschrieben, für Poincare kämen Personenfragen nicht in Betracht, dazu sei der Augenblick zu ernst, genau so ernst wie die Zeit von 1914. Er suchte also nur die nationale Einigkeit. Abschließen wird gesagt, daß Poincare kein „politisches“ Ministerium bilden wolle, da zu häufigen Sachfragen viel zu sehr im Vordergrund.

Das Zusammentreffen mit Lloyd George.

Die erste Unterredung zwischen Lloyd George, der Sonnabend in Paris eintraf, und Poincare war für Sonnabend nachmittag angelegt. Lloyd George beabsichtigte noch abends, spätestens Sonntag nach London weiterzureisen.

Deutsches Reich.

16. Januar 1922.

„Baberischer Protest gegen das Geheiß“ zum Schute der Republik. Der „Baberische Arbeiter“, das Organ der hiesigen habsburgerischen Sozialpartei, protestiert unter der Überschrift: „Ein neuer Eingriff in die Landeshoheit“ scharf gegen die Absicht, in den neuen Gesetzentwurf zum Schute der republikanischen Verfassung eine Bestimmung aufzunehmen, welche die Meinung des Beamtenkörpers von allen nicht wesentlichen republikanischen Elementen boykottiert. Der Gesetzentwurf greift in die Landeshoheit ein und würde neuen Einbruch in die Beziehungen zwischen Reich und Länder werfen.

Die Rat der „kleinen Anfragen“. Im Reichstage werden allmonatlich etwa 8 bis 10 Stunden auf die Erledigung der „kleinen Anfragen“ verwendet. Da die Arbeitszeit des Reichsparlaments sehr stark in Anspruch genommen ist, wird beschloßigt, auf „kleine Anfragen“ nur noch schriftliche Antworten erstellen zu lassen.

Die Einigung mit den Beamten. Bei der jetzt erfolgten Einigung zwischen der Reichsregierung und den Beamtenorganisationen hat man sich fast auf eine von den Beamten geforderte, von der Regierung abgeleitete Erhöhung der Grundgehälter dahin verständigt, daß jeder Beamte aus den ersten 10 000 Mark Grundgehalt + Ortszuschlag 40 Prozent statt 20 Prozent, Zulagezuschlag erhält. Hat also beispielsweise ein Beamter aus Grundgehalt und Ortszuschlag zusammen 40 000 M., so erhält er jetzt an Zulagezuschlägen 40 000 M., aus 10 000 M. = 4000 Mark + 20 Proz. aus 30 000 M. = 6000 M., insgesamt also 50 000 M. für die Diätäre und die Beamten im Vorbereitungsdienst tritt eine entsprechende Verbesserung ein. Die Pensionäre erhalten die Hälfte der Sätze, ebenso sollen die Hinterbliebenen angemessen bedacht werden. In den Orten, in denen die Arbeiter-Übererwerbszuschüsse bekommen, wurde auch für die Beamten eine ähnliche Regelung verlangt. Die Regierung hat eine einsehende Prüfung dieser